

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 18

Artikel: Bombe um Bombe näher zur Macht : Syrien hat in Libanon als Ordnungsmacht nicht versagt
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094369>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Irreführung des Auslandes hat die Regierung allen unabhängigen Institutionen ähnlich klingende Konkurrenzunternehmen gegenübergestellt: Die Christlichsoziale Partei (PSC) soll durch die Christlichsoziale Volkspartei (PPSC) konterkariert werden. Der Zeitung «La Prensa» sollte durch die Gründung von «El Nuevo Diario» das Wasser abgegraben werden. Ein vergeblicher Versuch. Die Bevölkerung stellte nämlich keine Unterschiede fest zwischen dieser Neugründung und dem Parteiorgan «Barricada». Die Titelblattkopfleiste dieser sandinistischen «Prawda» wird übrigens mit einem schiessenden Guerillakämpfer verziert.

Der «Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas» (CPDH) schliesslich wurde die «Nationalkommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte» (CNPPDH) zur Seite gestellt. Sie kümmert sich um manches, nur nicht um die Menschenrechte. Keinem verfolgten Nicaraguaner würde es einfallen, sich an diese Kommission zu wenden!

Parallelen zum Ostblock

Nicaragua ist noch keine totalitäre Diktatur, aber es überwiegen in diesem mittelamerikanischen Land, das sich seit März 1982 im Ausnahmezustand befindet, insgesamt die Parallelen zum Ostblock: die Militarisierung, Indoktrinierung, Unterdrückung der Opposition, das Fehlen unabhängiger Gerichte, das Abhalten von Scheinwahlen und die Errichtung einer Einparteiendiktatur, die Tendenz zur Expansion, die grosse Zahl politischer Häftlinge (mindestens 4000 und damit mehr als unter Somoza) sowie der von DDR-Spezialisten aufgebaute Sicherheitsapparat. Sogar den Blockwart gibt es in Nicaragua. Er verteilt sinnigerweise die Lebensmittelkarten und kümmert sich bei dieser Gelegenheit auch um das «richtige» politische Bewusstsein seiner Blockbewohner.

Auch die ideologisch motivierte Strangulierung der Privatwirtschaft erinnert an ungute Vorbilder. Comandante Henry Ruiz, ehemaliger Planungsminister, hat die zentrale Planwirtschaft als Ziel verkündet. Die Versorgungslage ist entsprechend miserabel, zumal 40 Prozent der Staatsausgaben in den militärischen Bereich fliessen. Es fehlt nahezu an allem. Zeitweise wurde in Managua zweimal wöchentlich das Wasser abgestellt. Bei all dem muss man bedenken, dass insbesondere die USA unter ihren Präsidenten Carter und Reagan im ersten Jahr nach der sandinistischen Machtübernahme dem Land immense finanzielle Unterstützung zukommen liessen. Deshalb ist auch die Behauptung falsch, die Sandinisten seien durch die USA in die Arme Moskaus getrieben worden.



Die führenden Comandantes haben selber auf Moskau gesetzt. Sie brauchen dessen Protektion. Nicht so sehr gegen die USA als vielmehr gegen die eigene Bevölkerung.

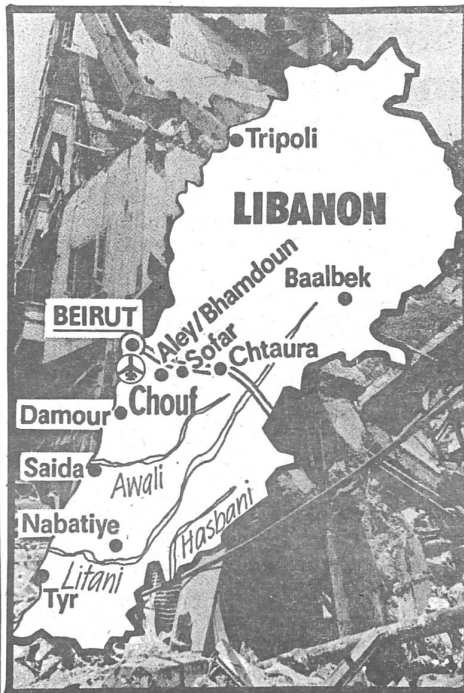
Syrien hat in Libanon als Ordnungsmacht nicht versagt

Bombe um Bombe näher zur Macht

In Beirut haben die Terrorakte zwischen Christen und Moslems gegenseitigen Charakter, aber in der Summe heben sie sich nicht auf, denn sie sprengen den Weg zu einer neuen Machtverteilung. Die Christen verlieren Macht, die Moslems gewinnen Macht, und die Syrer gedenken zu erben. Deshalb haben sie es nicht nötig, durch engagiertes Auftreten etwas zu riskieren.

Der Bombenkrieg, präziser Bombenterror, in Beirut ist noch nicht überstanden. Er wird sich noch steigern und erst dann abnehmen, wenn in Libanon die Macht neu verteilt ist. Das heisst, wenn die Moslems die Vorherrschaft der vornehmlich maronitischen Christen gebrochen haben.

Die Christen sind heute Minderheit, aber sie stellen aufgrund der Ergebnisse einer Volkszählung aus den dreissiger Jahren nach wie vor den (Staats-)Präsidenten. Dieser wiederum ernennt den Regierungschef und den Parlamentspräsidenten seiner Wahl, aber sie müssen Moslems sein, ein Schiite und ein Sunnite.



«horizont», Ostberlin.

Ringen um Reformen

Die stärkste Bevölkerungsgruppe bilden die Schiiten. Ihr bewaffneter Arm ist die Amal. Bis anhin waren die Schiiten stets die Unterprivilegierten. In gewissem Sinne wurden sie von den Israeli bei deren Einmarsch in Libanon im Juni 1982 von der Unterdrückung durch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) befreit. Jetzt, seit sich die israelische Armee vor zwei Monaten – bis auf einen Sicherheitsstreifen – aus Südlibanon zurückzog, sind sich die Schiiten ihrer Macht bewusst geworden. In unüblicher (eigentlich unnatürlicher) Einigkeit und Partnerschaft mit den Sunniten und der islamischen Sekte der Drusen wollen sie nun den christlichen Präsidenten Amin Jumayel stürzen. Der Krieg der Bomben, der mit einem Anschlag im von Christen bewohnten Ostteil von Beirut begann, ist im Grunde ein Ringen um Reformen, um mehr Macht für die Moslems.

Als Ordnungsmacht haben die Syrer nicht versagt. Das Chaos, der Terror ist ihnen willkommen, ist ihren Plänen eines Gross-Syriens förderlich. Solange sich die Syrer nicht direkt ein-



Der Amal-Führer Nahib Berri.

Assad wird sich hüten . . .

Assad wird sich hüten, Soldaten in die Hölle von Beirut zu schicken, die der Einhaltung eines (des wohl tausendsten) Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien auch Nachdruck verleihen sollte. Schon der Tod, die Ermordung eines seiner Soldaten würde für den syrischen Staatschef einen Prestigeverlust bedeuten, den er gar nicht zu riskieren braucht.

Wie der Syrer zu manipulieren vermag, das heisst auf seine Art Ordnung hält, sei an einem Beispiel aufgezeigt: Zu Sommeranfang, unter anderem als Folge der Entführung der amerikanischen TWA-Passagiermaschine durch terroristische Schiiten, schien der Amal-Chef, Nabib Berri, als der einzige libanesische Anführer mit Gewicht dazustehen. Sein Ansehen war geradezu enorm. Sein Prestige zerbarst jedoch in dem Augenblick, als er von Syrien ein halbes Hundert alter T-54-Panzer sowjetischer Herkunft als «Geschenk» akzeptierte.

Im Grunde ein Stammeskrieg

In Beirut werden noch viele Bomben detonieren, Menschen sterben, weil der libanesische Konflikt im Grunde ein Stammeskrieg ist. Und gemäss Stammesmentalität bedeutet Kompromissbereitschaft bei einem Konflikt ein Zeichen von Schwäche. Daher sind Kampf-beziehungsweise Bombenopfer nicht Verluste, sondern Aktiva für den Ruf des Stammes, für seine Stärke . . .

Jacques Baumgartner

mischen, können sie es mit allen Fraktionen gut halten, mit den verschiedenen religiösen und politischen Gruppen und Grüppchen spielen, sie manipulieren. Der syrische Staatschef Assad steht in weit besserer Position da, solange er sich aus dem blutigen Bürgerkrieg um die Neuverteilung der Macht heraushält, und solange er dies tut, werden die einzelnen libanesischen Chefs zu ihm nach Damaskus «pilgern».



Der syrische Präsident Assad.

Zusammenhänge

Pilger und Terroristen

Saudi-Arabien fürchtet, Iran könnte zur Wallfahrt nach Mekka und Medina nicht nur Pilger, sondern auch Terroristen schicken. Die Pilgerzeit beginnt am 16. September. Jeder Moslem muss mindestens einmal in seinem Leben die heiligen Stätten in Saudi-Arabien besucht haben.

Schon letztes Jahr versuchten die Iraner während der Pilgerzeit Unruhen zu schüren. In den vergangenen Tagen einigten sich Teheran und Riad auf insgesamt 150 000 iranische Pilger. Die Iraner wollten noch mehr schicken. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Iraner erneut versuchen werden, die Pilgerzüge mit politischen Agitatoren zu durchsetzen. Im Juli forderte der iranische Parlamentssprecher Rafsandschani in einer Rede vor Studenten in Teheran, die iranischen Pilger müssten in Mekka, Medina und Dschiddah das «politische Gewissen» der anderen Moslems aus aller Welt auf-

rütteln. Es müssten Demonstrationen organisiert werden, und jeder iranische Pilger müsse lautstark den «Tod der USA, Israels, des Westens» fordern.

Die Saudis sind seit der Besetzung der Grossen Moschee von Mekka im November 1979 überaus vorsichtig geworden. Sie sollen jetzt amerikanische, bundesdeutsche und französische Experten in Terroristenbekämpfung konsultiert und für die Dauer der Pilgerzeit «ausgebortet» haben. Pakistan, das permanent etwa 35 000 Soldaten in Saudi-Arabien stehen hat, soll zudem eine Extrabrigade versprochen haben, d. h. für den Notfall bereithalten.

Die Saudis sind heute überzeugt davon, dass die geheimnisvollen Minen im Roten Meer vor einem Jahr zu einem iranisch-libyschen Plan einer Verschwörung gehörten. Der iranische Ayatollah Khomeiny schärfte dem Komitee zur Betreuung der Pilger ein: «Die Pilgerreise ist Teil des Heiligen Krieges. Und ich kenne keinen heiligen Krieg ohne Märtyrer» . . . *jb*

Ghadhafi in Übersee

Mit Blick auf benachbarte Karibik-Inseln, die in den vergangenen Jahren die Unabhängigkeit von Grossbritannien erhielten, wird wohl auf Guadeloupe ein «Los von Paris» erwogen, aber mehrheitlich ermangelt es den 330 000 Inselbewohnern an konkreten Vorstellungen über eine politische Zukunft auf eigenen Füßen. Guadeloupe erhält erhebliche finanzielle Unterstützung aus Paris, und seine Bewohner erfreuen sich eines besseren Lebensstandards als beispielsweise jene der umliegenden ex-britischen Inseln.

Der Anhang der «Volksbewegung für die Unabhängigkeit» fällt kaum ins Gewicht. Die Bewegung gebietet auch über einen militärischen Flügel, der Alliance Révolutionnaire Caraabe (ARC). Pikanterweise erhielten die ACR-Untergrundkämpfer ihre militärische Ausbildung in Libyen . . . , wie übrigens auch die Militanten der «Nationalsozialisten» (so heissen sie nun einmal auf Neukaledonien). Im pazifischen Neukaledonien verlangen die einheimischen Kanaken (60 000) sofortige Unabhängigkeit, wogegen sich die 55 000 weissen Siedler aus Frankreich wehren.

Im August 1984 hatte der libysche Diktator Ghadhafi öffentlich zur «Befreiung» der Kleinen Antillen, Französisch-Guayanas, von La Réunion und Neukaledonien aufgerufen. Neukaledonien hat keinen kolonialen, wohl aber sozusagen einen nuklearen Hintergrund. Wenn die Pazifikinsel ihre Unabhängigkeit erlangen würde, so könnte dies bald einmal die anderen «Aussenposten» destabilisieren, so auch Polynesien. Das jedenfalls wird in Paris befürchtet. Polynesien verfügt nicht nur über paradisische Strände, sondern ist auch französisches Nuklear-Testgebiet (Mururoa-Atoll). *jb*